



**Protokoll der 23. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 23. August 2017, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer

Namensaufruf: 36 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderätin Severine Hänni, Gemeinderat Michael Lerch,
Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass, Gemeinderat Christoph
Tschanen

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretär: i.V. Suzanna Moser

Traktanden

- 131 Mitteilungen
- 132 Protokoll der Sitzungen vom 7. Juni 2017 und 5. Juli 2017
- 133 Interpellation betreffend "Leben und Begegnen in Frauenfeld" von den Gemeinderätinnen Sandra Kern, Anita Bernhard sowie von Gemeinderat Robin Kurzbein
ev. Diskussion
- 134 Bericht "Tagesparkierer in den Quartieren"
Kenntnisnahme

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und –kollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüsse Sie herzlich zu unserer ersten Gemeinderatssitzung nach diesem wunderschönen und noch immer heissen Sommer. Ich hoffe, dass Sie alle gesund und frisch erholt aus den Sommerferien zurückgekehrt sind.

Gemeinderatssekretär Herbert Vetter weilt in den Ferien und ich begrüsse seine Stellvertreterin Frau Suzanna Moser herzlich.

An der heutigen Sitzung haben Franziska Schütz von der Frauenfelder Woche und Herr Reto Martin von der Thurgauer Zeitung, der wahrscheinlich noch kommt, die Erlaubnis, Bildaufnahmen zu machen. Somit haben auch die Zeitungen aktuelle Aufnahmen unseres Rats. Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Ich habe Ihnen eine erfreuliche Mitteilung zu machen. Seit der letzten Gemeinderatssitzung am 5. Juli haben folgende Gemeinderäte/innen ihren Geburtstag gefeiert: Es sind dies Eveline Buff Kinzel, Sandra Kern und Irina Meyer. Ich gratuliere euch nachträglich ganz herzlich zum Geburtstag.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass 35 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements müssen 25 Ratsmitglieder anwesend sein. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18.

Traktandenliste

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 2 zugestellt. Ich stelle die Tagesordnung zur Diskussion. – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

131

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP):

1. Gesamtrevision Beitragsordnung zur Finanzierung von Verkehrserschliessungsanlagen (Perimeterreglement): Die Referendumsfrist vom 8. Juni 2017 bis 24. Juli 2017 ist unbenutzt abgelaufen.
2. Stundung Wärme Frauenfeld AG: Die Referendumsfrist für die Stundung der offenen Forderung vom 6. Juli 2017 bis 21. August 2017 ist unbenutzt abgelaufen.
3. Die einfache Anfrage betreffend „Belebung Innenstadt/Stadtentwicklung“ von Gemeinderätin Eveline Buff Kinzel wurde mit Beschluss Nr. 167 am 4. Juni 2017 vom Stadtrat beantwortet.

4. Die einfache Anfrage betreffend „Investitionen der Stadt Frauenfeld bis 2024“ von Gemeinderat Andreas Elliker wurde mit Beschluss Nr. 175 am 11. Juli 2017 vom Stadtrat beantwortet.
5. Einfache Anfrage der Vizepräsidentin Barbara Dätwyler Weber „Proaktive Kommunikation betreffend Einbürgerung, insbesondere an die Ausländerinnen und Ausländer mit einer B- oder F-Aufenthaltsbewilligung“ wurde am 6. Juli 2017 im Extranet aufgeschaltet.
6. An Ihrem Platz finden Sie den Geschäftsbericht der Stadtverwaltung vom 7. Juni 2017.

Durch die Abwesenheit von Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass ist die Wahl eines Stimmenzählers für die heutige Sitzung notwendig. Ich bitte den Fraktionschef der Fraktion CH/Grüne/GLP, Gemeinderat Heinrich Christ um einen Wahlvorschlag.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Wir schlagen Ihnen Gemeinderat Elio Bohner vor.

Abstimmung

Gemeinderat Elio Bohner wird einstimmig unter Enthaltung der eigenen Stimme als Stimmenzähler für die heutige Sitzung gewählt.

132

PROTOKOLLE DER GEMEINDERATSSITZUNGEN VOM 7. JUNI UND 5. JULI 2017

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Das Protokoll der 21. Sitzung des Gemeinderats wurde am 7. Juli 2017 und das der 22. Sitzung des Gemeinderats wurde am 31. Juli 2017 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine Änderungen oder Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom Mittwoch, 7. Juni und vom Mittwoch, 5. Juli 2017 gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit sind die Ratsprotokolle stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

133

INTERPELLATION BETREFFEND „LEBEN UND BEGEGNEN IN FRAUENFELD“ VON DEN GEMEINDERÄTINNEN SANDRA KERN, ANITA BERNHARD OTT SOWIE GEMEINDERAT ROBIN KURZBEIN

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Die Interpellation der Gemeinderäte Sandra Kern, Anita Bernhard Ott und Robin Kurzbein, welche am 15. Februar 2017 eingereicht wurde, wurde am 2. Mai 2017 als Ratsbeschluss Nr. 107 beantwortet.

Gemeinderätin Sandra Kern (CH), Referentin im Namen der Interpellanten: Die Interpellation forderte vom Stadtrat eine Stellungnahme zum Umgang mit dem Dilemma, wenn das Ruhebedürfnis von Privatpersonen dem öffentlichen Interesse nach gesellschaftlichem Leben entgegensteht. Aus der Beantwortung ist klar zu entnehmen, dass der Stadtrat keine Schlafstadt will und das Ziel einer lebendigen Stadt in den meisten Fällen höher gewichtet. Wir begrüssen

dieses Bekenntnis sehr. Die Fragen wurden ernst genommen und mit zum Teil sehr klaren Statements beantwortet. Dafür möchten wir dem Stadtrat danken. Um der Wichtigkeit des Anliegens weitere Bedeutung zu schenken, beantragen wir Diskussion.

Abstimmung

Die Diskussion wird von 33 Gemeinderäten gewünscht.

Gemeinderätin Sandra Kern (CH), Referentin im Namen der Interpellanten: Stellen Sie sich vor, morgen liegt beim Stadtrat ein Gesuch einer Veranstaltung auf dem Tisch, welches Folgendes fordert: Es soll für einen ganzen Tag die gesamte Innenstadt für den Verkehr gesperrt werden, es wird von unzähligen Gruppen laute und intensive Musik gespielt, es wird sehr viel Alkohol getrunken und der geregelte Alltag aus den Bahnen geworfen. Zu guter Letzt wird in grossen Mengen mit Papier um sich geworfen – kurzum: Es soll eine farbenfrohe Fasnacht stattfinden. Es wäre unmöglich, dass unter diesen Rahmenbedingungen eine solche Veranstaltung heutzutage bewilligt würde. Nicht nur die Ämter und der Stadtrat würden sich an den Kopf langen, sondern auch der Widerstand in der Bevölkerung wäre immens. Veranstaltungen wie die Fasnacht haben zum Glück dank der langjährigen Tradition und der Bedeutung für unser gesellschaftliches Kulturgut keine grossen Hürden, die sie jedes Jahr nehmen müssen. Unser Kulturgut und unsere Gesellschaft orientiert sich nicht nur an der Tradition und der Vergangenheit, sondern wird vor allem auch durch die Gegenwart definiert. Darum soll es in unseren Augen möglich sein, dass auch Neues seinen Platz findet und die Sicherheit bekommt, nach einer gewissen Bewährung auch weiter zu bestehen.

Auch der Stadtrat hat in seiner Beantwortung erkannt, dass neue Veranstaltungen einen schwierigeren Stand haben als traditionsgemässe. Und zum Teil hängt es vielleicht sogar auch etwas von der Sparte ab. Doch er macht klar, dass er für die Vielfalt einsteht und das begrüssen wir sehr!

Neben der Vielfalt und der grösstmöglichen Gleichbehandlung der verschiedenen Genres und Bedürfnisse sind wir wie schon erwähnt vor allem sehr erleichtert über das ganz klare Statement des Stadtrats zu einer lebendigen Stadt. Auch ist der Stadtrat bereit, seine Ziele dahingehend sogar gerichtlich durchzusetzen, falls es zum Äussersten kommt.

Wir sind mit der Beantwortung somit weitgehend sehr zufrieden und was wir als sehr wichtig erachten: Mit diesem klaren Bekenntnis hat der Stadtrat hoffentlich verhindert, dass das in der Interpellation genannte Beispiel zum Präzedenzfall wird und noch weitere engagierte Personen eine Planungsunsicherheit verspüren müssen. Das Ziel einer lebendigen Stadt mit Zentrumsfunktion zu erhalten und zu erreichen, löst gegebenermassen gewisse Fronten und Widerstand aus. Die Frage ist darum vielmehr, wie der Stadtrat mit solchen Konflikten umgeht und dies wurde durch diese Interpellation versucht zu erfragen. Auch dem Stadtrat ist bewusst, dass man es nie allen recht machen kann. Trotzdem werde immer versucht, eine individuelle und optimale Lösung zu finden. Das ist grundsätzlich sehr lobenswert. Leider sind solche Kompromisse meistens für niemanden wirklich zufriedenstellend, darum bekräftigen wir den Stadtrat für die Zukunft, sich selbstbewusst hinter seine Ziele zu stellen und sich auch mal für eine Richtung zu entscheiden. Dies soll und kann jeweils dem einen oder anderen Bedürfnis zugutekommen.

Im Beispiel Murg-Auen-Park gibt es auf der einen Seite das Bedürfnis der breiten Bevölkerung nach einem solchen lebendigen, kreativen, lokalen und ermunternden gesellschaftlichen Anlass

und auf der anderen Seite das Bedürfnis der Anwohner nach Ruhe, Ordnung und Privatsphäre. Man kann nicht grundsätzlich das eine Bedürfnis hinter das andere stellen und gerade im Murg-Auen-Park ist die Anwohnersituation in unseren Augen eine andere als z.B. beim Eisenwerk, der Festhütte oder der Innenstadt, da in diesem Fall die Anwohner vor der Veranstaltung waren und sich nicht bewusst für einen lebendigen Wohnort entschieden haben und somit auch gewisse Einbussen in Kauf nehmen sollten. Vielmehr besteht auf unserer Seite die Frage, wie mit solchen Konflikten umgegangen wird, sodass alle Seiten angemessen behandelt werden, was leider aber nicht immer eine Erfüllung aller Bedürfnisse beinhaltet.

Der Stadtrat hat gemäss Beantwortung auch erkannt, dass er junge, engagierte Personen frustriert hat. Dieses Bewusstsein soll weiter gestärkt werden. Denn Personen, die sich für die Allgemeinheit engagieren, gibt es nicht wie Sand am Meer und müssen bewahrt und weiter gefördert werden. Wenn wir heute in diese Personen investieren, profitieren wir alle in der Zukunft. Denn es geht um viel mehr als lediglich um den Spass und das gesellige Leben.

Der einzige Punkt, in welchem wir uns etwas mehr Klarheit erhofft hätten, ist die erfragte Ausarbeitung von klareren Rahmenbedingungen und/oder präventiven Massnahmen, um dem Ziel einer lebendigen Stadt eine standfeste Basis zu verleihen. Der Stadtrat spricht sich klar dafür aus, Überreglementierungen zu verhindern und jeweils im individuellen Fall bestmöglich zu beurteilen. Dem stimmen wir weitgehend zu, ein zu starres Korsett ist auf alle Seiten hinderlich und verleiht nicht unbedingt mehr Sicherheit. Jedoch ermöglicht ein solches Vorgehen auch nur eine geringfügige Konstanz und macht es enorm schwierig, vergleichbare Fälle auch wirklich gleich zu beurteilen. Zum einen liegt das Problem nur schon darin, dass in vergleichbare Konflikte jeweils unterschiedliche Ämter involviert sind. Um momentane Konflikte zu erwähnen: Beim Murg-Auen-Park war das Amt für Freizeit, bei Musig i dä Stadt, das Amt für Kultur und in der Alten Kapplanei das Amt für Hoch- und Tiefbau zuständig. Wäre es nicht möglich, zumindest gewisse Grundsätze auszuarbeiten und von den bereits gemachten Erfahrungen zu profitieren? Dies wäre auch enorm ressourcenschonend.

Des Weiteren hängt es nicht nur davon ab, welches Amt was behandelt, sondern welche Personen gerade unsere Exekutive besetzen. Wir hatten bis anhin ziemliches Glück mit unseren Stadtvertretern, jedoch wäre eine Konstanz über diese Personen hinweg wünschenswert. Denn man hat keine Garantie dafür, wie eine nächste/ein nächster gewisse Situationen einschätzt und die Ziele gewichtet.

Wir sind der Meinung, dass an gewissen Orten einfach Leben stattfinden können soll und darum wäre zum Beispiel eine mögliche Zonendeklaration anzudenken lohnenswert. Dies schliesst nicht aus, dass an anderen Orten nicht doch etwas stattfinden kann.

Der Stadtrat ist ja gemäss Beantwortung zumindest bereit, sich zur Nutzung des öffentlichen Raums im Grundsatz Gedanken zu machen und sein Vorgehen in den bereits erfolgten Fällen zu reflektieren und zu analysieren. Wir erwarten hierzu gerne zu gegebener Zeit eine Stellungnahme.

Nun besteht eine weitere Aufgabe vom Stadtrat und uns allen darin, die Toleranz in der Bevölkerung weiter zu stärken, auch dies will der Stadtrat gemäss Aussagen weiter fördern und das unterstützen wir sehr! Anwohner und vor allem auch Geschäfte sollen erkennen, dass sie von einer Belebung auch profitieren können. Dafür muss aber die Stadt den nötigen Rahmen ermöglichen.

Wir wünschen dem Stadtrat hinsichtlich der kontroversen Thematik einer lebendigen Stadt weiterhin Beherztheit, selbstbewusst seine Ziele zu verfolgen und den Mut, sich von juristischen Drohungen nicht beeindrucken zu lassen und auch einfach mal etwas auszuhalten.

Gemeinderat Fredi Marty (Mprof): Ich bin beeindruckt: Die drei Mitglieder von „Chrampfe und Hirne“, die für die vorliegende Interpellation verantwortlich zeichnen, haben sich mächtig ins Zeug gelegt. In ihrer Sorge, dass Frauenfeld mangels Unterstützung von sogenannten Kulturveranstaltungen bald zu einer „Schlafstadt“ verkommen könnte, haben sie dem Stadt- und Gemeinderat eine Interpellation um die Ohren, die fast an eine Doktorarbeit heranreicht. Nach meinem Dafürhalten handelt es sich bei diesem Vorstoss um eine Anklageschrift mit einer Überzahl von inquisitorischen Fragen, bei deren Beantwortung der Stadtrat laviert und taktiert hat – letztlich zuungunsten von jahrzehntelangen Steuerzahlenden.

Worum geht es den Interpellanten im Wesentlichen? Sie wollen den Murg-Auen-Park für ihre Zwecke beanspruchen. Lamentierend, ja, meine Damen und Herren - jämmerlich anmutend – beklagen sie sich darüber, dass die Durchführung – ich zitiere – „des beliebten und fast schon traditionellen „Out in the Green Garden“ verunmöglicht“ worden sei. Und zwar durch die Festsetzung der Leitlinien für Sonderveranstaltungen im Murg-Auen-Park durch den Stadtrat. Nur noch 1000 statt 3000 Besucher für solche kulturellen „Highlights“ sind erlaubt. Die „bösen“ Anwohnerinnen und Anwohner sind schuld, die sich durch den Lärm und die Menschenansammlungen belästigt fühlen, inklusive tagelange Auf- und Abbauarbeiten für Konzerte und dergleichen. Ich meine: Der Stadtrat ist vor den unverschämten Forderungen von „Kulturschaffenden“ kläglich eingeknickt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CH, ich darf Sie an die Botschaft vom Stadtrat an den Gemeinderat zum 3,6 Mio.-Kredit für den Murg-Auen-Park vom 16. August 2011 und an die Abstimmungsbotschaft vom 13. November 2011 erinnern. Da ist die Rede von einem „naturnahen Park“. Ziele und Nutzen des Projekts, Punkt 3: „Vor der Haustüre wird eine Naturlandschaft erhalten, die der Frauenfelder Bevölkerung Naturerlebnisse, Erholung und Bewegung ohne lange Anreise ermöglicht.“ Oder in Punkt 8: „Eine minimale Infrastruktur ermöglicht die Durchführung von kleineren Veranstaltungen.“ Was ist darunter zu verstehen? Musikalischer Lärm mit 1000 oder gar 3000 Fans, der für die einen „Kultur“ bedeutet und für die anderen, die zum Teil schon mehr als 50 Jahre lang Anwohner sind, nichts anderes ist als eine unzumutbare Belästigung?

Ich setze mich klar und deutlich für die Frauenfelder Bevölkerung und insbesondere für die lärmgeplagten Park-Anwohner ein, die von den politisch Verantwortlichen buchstäblich über den Tisch gezogen worden sind. Gemäss Abstimmungsbotschaft durften sie nämlich erwarten, dass der Murg-Auen-Park (Zitat) „einen konkreten Beitrag zur Gesundheitsförderung und Erholung darstellt.“ Leider ist der Stadtrat in seiner Verordnung inklusive Leitlinien zur Bewilligung von Sonderveranstaltungen weit von den Versprechen an die Bevölkerung abgerückt. Der Murg-Auen-Park wird laufend zweckentfremdet und falsch genutzt – besser gesagt: „übernutzt“.

Ich erwarte vom Stadtrat und dem zuständigen Departement, dass der Murg-Auen-Park so genutzt wird, wie in der Abstimmungsbotschaft versprochen: als naturnaher Erholungsraum für Mensch und Tier, als ein Gebiet, wo sich Flora und Fauna entfalten können.

Den Kolleginnen und Kollegen von CH empfehle ich: Überdenkt Euer Kulturverständnis und berücksichtigt dabei, dass es viele Einwohnerinnen und Einwohner gibt, die sich von eurem Musiklärm belästigt fühlen! In einem Satz: „Ab auf die Grosse Allmend“!

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Wir begrüßen die Reaktion auf die Interpellation "Leben und Begegnen in Frauenfeld" und insbesondere die klare Formulierung, dass Anlässe, welche die Stadt beleben, erwünscht sind. Es ist keinesfalls selbstverständlich, dass sich der Stadtrat dahingehend mit solch klaren Worten zitieren lässt. Wir freuen uns umso mehr, dass der Stadtrat auf die Fragen eingeht und dabei eine positive Gesinnung erkennbar ist. Wir erkennen darin auch eine Motivation zum Gespräch und offene Arme für durchdachte Projekte und Herzblut, gerade auch von kleineren Veranstaltern.

Wir sind äusserst dankbar für das Bekenntnis zur Kultur und die Beteuerung, eine solche auch auf rechtllichem Weg zu verteidigen, sofern nötig. Genauso darf nicht untergehen, dass gemäss Beantwortung sogar Grenzfälle ein offenes Ohr beim Stadtrat finden können.

Trotz allem möchten wir noch die folgenden Punkte zu bedenken geben. Zum einen muss unbedingt eine gewisse Planungs- und Rechtssicherheit für Veranstalter bestehen, sofern diese sich an die Vereinbarungen halten. Dies bedeutet auch, dass allen Anliegen gleichermaßen Aufmerksamkeit gewidmet wird und eine Gleichbehandlung stattfindet. Zum anderen möchten wir auch, dass neben internationalen Grossveranstaltungen wie dem Openair Frauenfeld auch kleinere, lokale, nicht kommerzielle Veranstaltungen in Zukunft die Chance haben, die Auflagen zu erfüllen und somit ihre Daseinsberechtigung behalten. Wir erachten es daher als mehrheitlich positiv, dass kein allzu starres Korsett errichtet werden soll. Funktionieren wird dies jedoch nur, wenn in der Exekutive auch weiterhin der nötige Wille, Mut und das entsprechende Fingerspitzengefühl vorhanden ist.

Gemeinderat Christian Wälchli (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion hat über das Thema ausführlich diskutiert und dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Der Stadtrat hat klare und gute Richtlinien erarbeitet. Auch für die Benutzung des Murg-Auen-Parks sind diese aus unserer Sicht ausreichend, vernünftig und grosszügig. Bekanntlich ist das Angebot an Freizeit-, Kultur- und Sportveranstaltungen über das ganze Stadtgebiet für das ganze Jahr verteilt. Emissionen sind daher nicht zu vermeiden und mit dem nötigen Augenmass für alle Bewohner zu sehen. Unserer Meinung nach ist es wichtig, die Anlässe an den richtigen Orten für alle Interessensgruppen durchführen zu können.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/Juso: Frauenfeld wächst und verdichtet sich. Und wo mehr Leute auf gleichem Raum zusammenleben, kommt es zwangsläufig zu Konflikten. Das wird aktuell dort sichtbar, wo das Ruhebedürfnis einzelner Anwohner mit dem vielfältigen kulturellen Leben zusammenprallt. Der Lösungsansatz der Stadt in diesen Konflikten ist es, in den Dialog mit den Konfliktparteien zu treten und Kompromisse zu suchen. Dies gestaltet sich in der zunehmenden Urbanisierung schwieriger und man kann es nie allen recht machen. Wir haben sogar den Eindruck, dass durch die aktuelle Praxis der ewigen Einsprachen und Reklamationen bis hin zur Androhung rechtlicher Schritte eine kleine Fraktion der Bevölkerung übermässig Gewicht erhält. Wer die Annehmlichkeiten einer Stadt geniessen möchte, kann nicht gleichzeitig dörfliche Ruhe fordern.

Frauenfeld wird urbaner und die SP steht klar hinter dieser Urbanität und setzt sich ein für eine lebendige Stadt mit vielfältigen kulturellen Möglichkeiten. Wir möchten von der Stadt, dass sie dafür im Sinne des Service Public klare Zeichen setzt. Es kann nicht sein, dass aus Angst vor negativen Reaktionen Veranstaltungen so stark reglementiert werden, dass gute Anlässe schon von Anfang an blockiert und Ideen dafür im Keim erstickt werden!

In diesem Sinn appellieren wir an die Toleranz der Bevölkerung und an den Mut des Stadtrats, sich in diesem Konfliktfeld klar zu positionieren für ein lebendiges kulturelles Angebot.

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Unsere Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der über 30 Fragen und nimmt diese so zur Kenntnis.

Gemeinderat Claudio Bernold (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir begrüßen die Antwort des Stadtrats auf die Interpellation der Gemeinderäte Kern, Bernhard und Kurzbein. Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat vollständige und gute Antworten auf die zahlreichen Fragen gegeben hat. Wir finden es zweckdienlich, dass sich die Antworten des Stadtrats nicht nur auf die Problematik des Murg-Auen-Parks bzw. Out in the Green Garden-Konzert beziehen, welche als Zielrichtung der Interpellanten erkennbar war, sondern auf die generelle Problematik von Veranstaltungen im Gemeindegebiet hinweisen. Der Spagat zwischen einer lebendigen, pulsierenden Stadt und dem Ruhebedarf der Bürger ist nicht einfach zu lösen. Rahmenbedingungen und Leitlinien für Veranstaltungen sind notwendig, damit das Zusammenleben funktioniert. Da sich das Stadtleben kontinuierlich verändert, sind Kompromisse unumgänglich. Kein Bürger hat das Recht auf absolute Ruhe, eine definierten Anzahl Sonnenstunden oder gar auf Party rund um die Uhr. Der Stadtrat hat in seiner Antwort klar dargelegt, dass er bei Anfragen gewillt ist, flexibel und individuelle Lösungen anzubieten. Eine verstärkte Reglementierung macht aus unserer Sicht überhaupt keinen Sinn, denn kein Gesetz, kein Reglement löst die Probleme zweier Parteien – nur der Dialog und die situative Abwägung bzw. flexible Rahmenbedingungen für Veranstaltungen, welche aber für die Veranstalter verbindlich sind, schützen die beiden Parteien vor unliebsamen Überraschungen. Auch macht es keinen Sinn, spezielle Eventzonen zu definieren, werden so potenzielle Events nur unnötig eingeeengt und das pulsierende Leben auf einzelne Flecken in der Stadt beschränkt. Unter einer lebendigen Stadt stellen wir uns aber klar etwas anderes vor.

Zu guter Letzt lebt eine lebendige Stadt von einem guten und vernünftigen Mix zwischen vielfältigen und kulturell wertvollen Veranstaltungen und Momenten, wo sich der Bürger in seinem heimeligen und lebenswerten Quartier ungestört erholen darf.

Die Stadt Frauenfeld hat dies in den letzten Jahren zur Genüge bewiesen – der eingeschlagene Kurs stimmt und die Voraussetzungen für zukünftige Veranstaltungen aller Art sind gegeben.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im eigenen Namen: Ich möchte mich kurz zum Beitrag von Kollege Marty äussern. Zuerst vielen Dank, dass du uns empfiehlst, unser Kulturverständnis zu überdenken. Das nehmen wir uns zu Herzen. Es kann nach meiner Meinung durchaus neu überdacht werden. Daraus lebt die Kultur, dass wir sie auch ständig neu überdenken. Gerade deshalb, weil Kultur heute, morgen und übermorgen nicht das Gleiche ist, ist es eben wichtig, dass wir uns in der Stadt Gedanken machen zu dem Thema. Es ging ja bei der Interpellation nicht nur um den Murg-Auen-Park. Da aber das Thema Murg-Auen-Park schon angeschnitten ist, vielleicht zwei Bemerkungen: Natürlich ist der Murg-Auen-Park als Naturerlebnis zu sehen, aber warum ausschliesslich? Geht es doch vielleicht auch darum, in der Natur Kultur zu erleben. Das ist kein Widerspruch. Noch weniger ist es ein Widerspruch zwischen Erholung und Kultur. Du kannst mir glauben, die 1000 oder gar 2000 Besucher am Open-Air Out in the Green Garden haben sicherlich Erholung gewonnen. In diesem Sinn, wie gesagt, es ist wichtig, dass man sich über das Thema Gedanken macht, nicht nur zum Murg-Auen-Park, sondern auch andernorts, und ich freue mich, dass der Stadtrat bereit ist, sich auf Lösungssuche zu machen. Es

müssen nicht unbedingt gesetzliche Lösungen sein, aber ich bin überzeugt, es werden tragfähige Lösungen sein.

Gemeinderat Robin Kurzbein (CH), Referent im eigenen Namen: Für die ausführliche Beantwortung unserer Interpellation möchte ich mich sehr bedanken.

Zu Beginn möchte ich ein Lob aussprechen für die klare Stellungnahme zur lebendigen Stadt Frauenfeld und die verschiedenen Bemühungen, die diesbezüglich bereits getätigt wurden oder getan werden. Mit der geplanten städtebaulichen Verdichtung und der erwarteten Zunahme von Einwohnern in den kommenden Jahren wird sich das Bild der Stadt Frauenfeld verändern. Und es wird mit Bestimmtheit nicht ruhiger sondern lebendiger.

Sowohl mit dieser Stellungnahme wie auch in seinen Taten kann also dem Stadtrat attestiert werden, dass ihm die Belebung der Stadt ein grosses Anliegen ist. Dies unterstreicht er mit der Aussage, dass man auch den gerichtlichen Weg nicht scheuen würde. Nun, das nenne ich ein klares Signal. Und wir werden mit Interesse und Spannung mitverfolgen, wie dies umgesetzt wird.

Aus meiner Sicht liegen hier drei verschiedene Ebenen vor, die sehr spannend miteinander verknüpft sind.

1. Wir haben die Projektebene - das Out in the Green Garden im Murg-Auen-Park - ein Sinnbild für belebende Kräfte in Frauenfeld.
2. Wir haben das Grundthema der Abwägung zwischen den Bedürfnissen nach Ruhe und Lebendigkeit.
3. Und wir haben die zugegebenermassen schwierige Aufgabe der Stadt, in solch einem Fall zu vermitteln und zu versuchen, es allen recht zu machen.

Und dann kommt die vierte Ebene dazu: In solchen Prozessen passieren auch Fehler und im Nachhinein ist man immer klüger.

Wie wir der Beantwortung entnehmen konnten, haben sich die Organisatorinnen und Organisatoren des Out in the Green Garden vorbildlich bei der Durchführung verhalten. Alle zuvor eingeholten Richtlinien und Bewilligungen wurden eingehalten und sie haben ein unglaublich tolles Fest ermöglicht, ein eigentliches Volksfest, bei dem man nicht mal Eintritt zahlen musste - man konnte so viel zahlen, wie man wollte.

Ich selbst war an einem Abend an der Eingangskasse und konnte sehen, wie viele verschiedene Frauenfelder und Leute von Ausserhalb das Fest besuchten und genossen. Gefreut hat mich auch, Kollegen und Kolleginnen vom Stadt- und Gemeinderat anzutreffen. So kam auch Stadtrat Ruedi Huber daher und meinte, er bleibe nur kurz und zahle einen Beitrag beim Hinausgehen. Nun hat es ihm dort aber so gut gefallen, dass, als er wieder hinausging, er gar nicht mehr zahlen konnte, da das Kassenhäuschen bereits geschlossen war!

Den Organisatorinnen und Organisatoren des Out in the Green Garden Festivals können wir also für die Durchführung des Anlasses Bestnoten verteilen.

Nun wissen wir alle, wie es anschliessend weiterging. Die Anwohner haben sich beschwert, die Stadt hat die Vermittlerrolle eingenommen und von den Organisatoren wurde ein Lösungsvor-

schlag für neue Richtlinien eingeholt. Dann hat der Stadtrat neue Richtlinien definiert, die nach Prüfung der Durchführbarkeit zur Absage des diesjährigen Festivals geführt haben.

Und hier ist für mich der einzige Punkt in dieser Geschichte, wo ich den Finger drauf halten muss. Der Stadtrat erstellt neue Richtlinien, indem er diese gegenüber dem Lösungsvorschlag der Organisatoren nochmals einschränkt - und fragt dabei nicht bei den Organisatoren nach, ob die strengeren Anpassungen die Durchführbarkeit beeinträchtigen. Hier kann man dem Stadtrat vorhalten, dass er nicht 100%ig wollte, dass es durchführbar ist. Wenn man wirklich will, dass etwas machbar ist, ist es doch normal, dass man bei einer Anpassung nochmals nachfragt, ob es für die Organisatoren trotzdem geht.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Der Stadtrat setzt sich dafür ein, dass Frauenfeld eine lebendige Stadt mit einem reichhaltigen Angebot an Freizeit-, Kultur- und Sportveranstaltungen ist. Dabei ist es ihm wichtig, Gesuche einzeln zu betrachten und eine Überreglementierung zu verhindern. Das erfordert Fingerspitzengefühl und macht die Arbeit nicht einfacher, ermöglicht aber differenzierte Ermessensentscheide. Mit dieser Vorbemerkung beginnen wir unsere Beantwortung der Interpellation. Ich danke Ihnen für die mehrheitlich wohlwollende Aufnahme der Interpellationsbeantwortung und weise nochmals darauf hin, dass an sich mit diesen Worten schon einiges gesagt ist über die Haltung des Stadtrats gegenüber Veranstaltungen. Uns ist aber auch wichtig, und das haben wir auch gesagt, dass wir kein allgemeingültiges Reglement für die ganze Stadt möchten, wir haben das diskutiert, wir haben auch in der Literatur und in Internetrecherchen geschaut, wo man das so macht. Und weshalb man das macht. Wir haben die Erfahrungen, die andere Städte, zum Beispiel Basel in diesem Zusammenhang gemacht haben, auch in unsere Erwägungen einbezogen und sind zum Schluss gekommen, dass sie trotz zunehmender Reglementierung bis hin dazu, dass sie jetzt ein Gesetz haben, angefangen hat es mit der Rayon-Festlegung, dann kamen Reglemente dazu und jetzt sind sie bei einem Gesetz angelangt, die Konflikte sind weiterhin da gewesen zwischen Organisatoren und Anwohnern. Mit keinem Gesetz bringt man diesen Konflikt weg, weil, und das ist in der Natur der Sache, was als laut wahrgenommen wird von der einen Person, wird von der anderen als Musik in seinen oder ihren Ohren wahrgenommen. Das können wir schlecht beeinflussen. Was wir beeinflussen können, wozu wir von Gesetzes wegen auch aufgerufen sind, ist, störende Laute soweit möglich an der Quelle – so sagt es das Gesetz: bei der Quelle – zu verhindern. Das würde jetzt beim Park heissen, man müsste irgendwie eine grosse Mauer darum bauen und ein Dach darüber legen. Das wollen wir bei einem Park nicht machen. Oder sonst, wenn das eben nicht möglich ist, muss man sagen, okay wir müssen einen Rahmen setzen. Zeiten begrenzen, Lautstärke begrenzen. Das ist der andere Ansatzpunkt. Und das ist derjenige, den wir verfolgen. Wir verbannen aber nicht, wie das vielleicht von den Gegnern gewünscht ist, sämtliche Veranstaltungen auf die Grosse Allmend, die immerhin dem Bund gehört und wo in den nächsten Jahren der zweitgrösste schweizerische Waffenplatz heranwächst, grösste im Sinn der Intensität der Nutzung, nicht der Fläche. Aber auch dort gibt es Emissionen, die dann von anderen Anwohnerinnen und Anwohnern auch wieder gehört werden, und zwar nicht nur solchen von Frauenfeld, sondern durchaus solchen von anderen Gemeinden. Das ist ja genau das, was wir nicht wollen, nur einer Bevölkerungsgruppe aussetzen, nur eine Bevölkerungsgruppe die Last tragen lassen, sondern wir haben ganz klar gesagt, an verschiedenen Orten dürfen kulturelle und sportliche Veranstaltungen stattfinden. Der Murg-Auen-Park ist natürlich ein spezieller Park, weil er nicht so alt ist. Das macht ein bisschen die Spezialität aus, und deshalb haben sich Stadtrat Ruedi Huber und ich mit unseren jeweiligen Ämtern – nicht nur das Amt für Freizeitanlagen und Sport – darauf eingelassen zu sagen, okay, Out in the Green Garden kann im Murg-Auen-Park stattfinden. Wir diskutierten das intensiv und auch sehr gut, das darf man sagen, mit den Veranstaltern.

Wir hatten immer sehr gute Gespräche und wir haben dann die entsprechende Bewilligung erteilt. Auch für uns war klar, es ist ein Versuch. Das war im Übrigen auch im Stadtrat immer so kommuniziert. Jetzt kann man im Nachhinein sagen, der Versuch ist gescheitert. Nein, das haben wir nicht gesagt. Wir haben einfach gesagt, wir merken, es gibt Schwierigkeiten, Friktionen, entsprechend haben wir Leitlinien entwickelt, die nach wie vor eine Bespielung – wenn ich so sagen darf – des Parks, der, der Hinweis von Fredi Marty ist richtig, in der Botschaft mit dem Stichwort Naturpark verkauft worden ist, aber auch klar gesagt wurde, kleinere Veranstaltungen können dort stattfinden. In diesem Sinn haben wir die Leitlinien auch ausgestaltet. Vorher fand das Out in the Green Garden jahrelang im botanischen Garten statt. Ich habe es selbst als Anwohner des botanischen Gartens 2015 gehört, es hat mich nicht gestört, ich konnte bei offenem Fenster schlafen, wohne nicht sehr weit davon entfernt, die Bewilligung war auch dort im Rahmen wie im Folgejahr, deshalb habe ich mir gedacht, das ist die Erfahrung, von der ich ausgegangen bin. Aber man hat eine Headline, die man sich angeln muss, wenn man ihn schon bekommt und da hat halt die Ausgabe 2016 ein bisschen anders ausgeschaut als 2015. Nun, es ist uns wichtig, dass wir solche Veranstaltungen wie das Out in the Green Garden, aber auch andere Musik in der Stadt wie zum Beispiel das Open-Air Frauenfeld, dass diese Veranstaltungen stattfinden können und wir schauen wirklich von Mal zu Mal genau hin. Dass wir da die Rechtssicherheit, die man sich vielleicht wünschen würde, nicht garantieren können, muss ich sagen, von unserer Bewilligungspraxis her, die wir an anderen Orten haben, kann man dort durchaus schon eine gewisse Kontinuität ableiten mit Anpassungen, die es dann von Jahr zu Jahr gibt. Auch beim Open-Air beurteilen wir es von Jahr zu Jahr neu, die Bewilligungen werden immer gemäss den Erfahrungen wieder angepasst. Also in dem Sinn ist es ein dynamischer Prozess. Was die Informationspflicht betrifft, muss ich sagen, wir halten da sehr viel von dem ein, was Gemeinderat Robin Kurzbein gesagt hat. Erstens schreiben wir in jede Bewilligung hinein, dass die Anwohner zu informieren sind und dass das eine Aufgabe der Organisatoren ist. Das hat im Fall des Out in the Green Garden auch stattgefunden. Wir haben selber immer wieder informiert, wir haben einen Veranstaltungskalender, den man konsultieren kann, wo auch die Veranstaltungen drin stehen. Und wir müssen den Lärm, der zu normalen Arbeitszeiten stattfindet, nicht noch zusätzlich kommunizieren. Was von morgens um sieben Uhr bis abends 20 Uhr stattfindet, auch wenn es einen Presslufthammer braucht, dafür braucht es keine spezifische Kommunikation. Es sei denn, daraus entstehen Verkehrsbehinderungen, da würden wir dann informieren. Aber bei dem Bau, den Gemeinderat Robin Kurzbein angesprochen hat, wenn es in den normalen Arbeitszeiten liegt, müssen wir den Lärm nicht noch ankündigen. Mit dem müssen wir alle leben, das denke ich, ist etwas, was die Lautstärke betrifft, da braucht es gegenseitige Rücksicht. Auf der einen Seite können wir nicht einfach sagen, weil wir x tausend sind, dürfen wir so laut sein, wie wir wollen, das geht nicht, da gibt es auch Hörschutzvorschriften, die durchaus relevant sind. Heute sehe ich viele Kinder, die mit einem Gehörschutz herumlaufen, weshalb wenig Erwachsene das tun, ist die andere Frage. Aber es gibt diese Vorschriften und die müssen wir einhalten. Da braucht es die Rücksicht derjenigen, die gern draussen etwas veranstalten auf der einen Seite, und es braucht auch eine Toleranz der Bevölkerung gegenüber solchen Veranstaltungen der Anwohnerinnen und Anwohner. Wenn sie natürlich 365 Tage im Jahr mit solchem Lärm konfrontiert sind, dann denke ich, ist die Geduld überstrapaziert. Wenn es einige wenige Tage im Jahr sind, wie zum Beispiel beim Motocross, dann muss ich sagen, dann ist es zumutbar. Das sagt auch das Bundesgericht. Das Bundesgericht hat immer wieder in verschiedenen Fällen darauf hingewiesen, dass wenn eine Veranstaltung, die viel Lärm verursacht, nur an einem, zwei oder drei Tagen im Jahr stattfindet, wenn man das im Voraus weiss, dann ist es auch zumutbar, dass die Anwohner, wenn sie diesen Lärm nicht aushalten können, das Weite suchen, sage ich jetzt mal. Deshalb gehen wir davon aus, dass wir unsere Bewilligungspraxis auch so weiterführen können und sind zuversichtlich, dass wir auch in einem allfälligen Rechts-

streit Recht bekommen würden, weil wir Grenzen setzen, nicht einfach alles zulassen auf der einen Seite, weil aber auf der anderen Seite Leben auch Lärm verursacht und das zum Leben gehört. Wenn man das nicht mehr will und man auch das Leben nicht mehr wollen würde, das ginge dann definitiv zu weit. Ich sage immer, friedlich und höflich sollen wir miteinander sein, doch bitte nicht friedhöflich. In diesem Sinn danke ich Ihnen für die wohlwollende Aufnahme.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Besten Dank den Interpellanten und allen Diskussionsteilnehmern für ihre Voten. Bevor wir zu Traktandum 4 weitergehen, möchte ich Gemeinderat Marcel Rutz, der vor einer halben Stunde eingetroffen ist, noch herzlich begrüßen.

134

BERICHT "TAGESPARKIERER IN DEN QUARTIEREN" KENNTNISNAHME

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Die Botschaft Nr. 22 des Stadtrats vom 18. April 2017 sowie das Protokoll der 16. GPK-Sitzung vom 9. August 2017 stehen uns seit dem 11. August 2017 im Extranet zur Verfügung. Die Botschaft wird lediglich zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat Philipp Geuggis (FDP), Referent im eigenen Namen als Motionär: Ich danke dem Stadtrat und allen Beteiligten für den ausführlichen Bericht. Es hat zwar etwas länger gedauert, bis dieser vorlag, was aber mit dem Pilotprojekt und dessen Monitoring erklärt werden kann. Der eingeschlagene Weg im Kurzdorf macht für mich Sinn und die Auswertung hat gezeigt, dass die gewünschte Wirkung erzielt werden konnte. Eine Ausweitung dieser Praxis in andere Quartiere, in welchen gleiche Probleme bestehen oder allenfalls auftauchen werden, ist bereits geplant und auch notwendig. An dieser Stelle möchte ich explizit darauf hinweisen, dass es mir nicht um eine Reduktion von Parkplätzen geht, sondern lediglich um deren Bewirtschaftung und dass sie zweckgebunden genutzt werden.

Gemeinderat Philipp Geuggis (FDP), Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen: Die GPK Bau, Werke, Anlagen hat den Bericht positiv aufgenommen, wobei ein GPK-Mitglied die Meinung vertrat, dass Langzeitparkierer bei der Festhütte nur den oberen Bereich des Parkplatzes nutzen sollten. Ein weiterer Ansatz war, dass die Parkplätze in den Einfallsachsen etwas günstiger werden sollten als in der Innenstadt, um Suchverkehr um den Marktplatz zu verhindern. Der zuständige Stadtrat Urs Müller hat erläutert, dass deshalb ein Monitoring installiert werde, um die Entwicklung der Situation zu überwachen und nötigenfalls reagieren zu können. Aus seiner Sicht wäre es sinnvoller, die Preise auf dem Marktplatz zu erhöhen, anstatt die Preise bei den Aussenparkplätzen zu reduzieren. Eine Preisanpassung sei momentan aber kein Thema. Die GPK Bau, Werke, Anlagen hat den Bericht "Tagesparkierer in den Quartieren" zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat Philipp Geuggis (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Fraktion FDP ist mit dem Bericht grundsätzlich einverstanden und es wurde vor allem diskutiert, ob es nicht sinnvoll wäre, die Tarife für Langzeitparkierer auf dem Parkplatz Festhütte tiefer anzusetzen als auf dem Marktplatz, damit es nicht zu einer übermässigen Belegung des Marktplatzes kommt. Die Fraktion FDP nimmt den Bericht "Tagesparkierer in den Quartieren" zur Kenntnis.

Gemeinderat Michael Hodel (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Die Fraktion CVP/EVP hat sich bereits anlässlich des Einwendungsverfahrens mit der neuen Parkierungsregelung auseinandergesetzt und sich über die Details informiert. Wir ergriffen dann auch die Gelegenheit, im Einwendungsverfahren an den Kanton zu gelangen, leider wurde unsere Einwendung beim Kanton ignoriert und nicht an die zuständigen Stellen bei unserem Tiefbauamt und an den Stadtrat weitergeleitet. Auch wenn deshalb die Auflage nochmals wiederholt werden müsste, soll auf diese administrative Extrarunde verzichtet werden, um den Prozess nicht unnötig zu verlängern.

Wir sind mit den vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich einverstanden. In unserer Fraktion kam die Frage auf, wie es denn mit Parkplätzen für Gewerbetreibende ist, die in den Quartieren Aufträge zu erledigen haben und unter Umständen den ganzen Tag parkieren müssen. Werner Spiri konnte mir diesbezüglich erläutern, dass die bereits etablierten Parkkarten, die in der Innenstadt zur Geltung kommen, auch für die Quartiere bezogen werden können, wodurch Gewerbetreibende den ganzen Tag parkieren können. Das ist wichtig und gut.

Handlungsbedarf sehen wir in Bezug auf die Tarifgestaltung. Das vorliegende Reglement schlägt vor, alle grösseren öffentlichen Parkplätze zu gleichen Tarifen zu bewirtschaften. Ausnahme sind die Kurzzeitparkplätze in der Innenstadt, die teurer sind. Wir sind der klaren Auffassung, dass es sinnvoll ist, gleich zu Beginn eine gestufte Tarifgestaltung einzuführen. Grosse Parkplätze an den Einfallsachsen sollen günstiger bewirtschaftet werden, als Parkplätze näher am Zentrum. Im Moment betrifft dies insbesondere den Parkplatz bei der Festhalle Rüegerholz. Wir schlagen dem Stadtrat vor, diesen Parkplatz günstiger anzubieten als beispielsweise den Badiparkplatz und den Marktplatz.

Unsere Argumente:

1. Der Badiparkplatz wird im Moment von vielen Arbeitnehmern als Tagesparkplatz missbraucht, übrigens auch von vielen Stadt- und Kantonsangestellten. Wenn in Zukunft dieser Platz gleich teuer ist wie der bei der Festhalle, werden weiterhin Parkplätze durch Arbeitnehmende besetzt. Sind die Parkplätze bei der Festhalle günstiger, wählen mehr Tagesparkierer diesen Platz, der Badiparkplatz bleibt frei für Badigäste.
2. Sind Parkplätze beim Marktplatz gleich teuer wie bei der Festhalle, werden Autofahrer jeweils zuerst beim Marktplatz oder anderen innerstädtischen Parkplätzen auf die Suche nach einem freien Feld gehen und erst bei der Festhalle landen, wenn sie nirgends einen Platz gefunden haben. Mit einer gestuften Tarifgestaltung kann der Suchverkehr gerade zu den Stosszeiten reduziert werden.

Wir sind der Meinung, dass diese Abstufung gleich zu Beginn wichtig ist, da sich sonst bereits eine negative Gewohnheit bei den Autofahrenden entwickelt. Wir schlagen dem Stadtrat deshalb vor, den Festhallenparkplatz beispielsweise mit 5 Franken pro Tag zu taxieren und die restlichen bei den vorgeschlagenen 8 Franken pro Tag zu belassen. Täglich 5 Franken ergibt für Dauerparkierer noch immer mehr als 100 Franken an monatlichen Parkkosten, was wir als hoch genug empfinden. Zur Information bezahlen Kantonsangestellte für einen der 200 Parkplätze, die der Kanton seinen Angestellten zur Verfügung stellt, gerade mal 32 Franken im Monat. Die Nachfrage übersteigt dort das Angebot bei Weitem.

Wir bitten deshalb den Stadtrat, bei der Tarifgestaltung nochmals über die Bücher zu gehen. Gemäss dem städtischen Parkierungsreglement Artikel 5 Absatz 2 bestimmt der Stadtrat den Gebührenansatz für das Parkieren, die Tarifgestaltung kann also durchaus noch angepasst werden. Wir wollen dem Stadtrat diese Kompetenz nicht ohne gewichtigen Grund strittig machen. Wir sind uns in unserer Fraktion einig und gehen – ohne gegenteilige Voten - davon aus, dass ein grosser Teil der anderen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte diese Meinung teilt.

Vielen Dank. Die Fraktion CVP/EVP nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/Juso: Seit der Erheblichkeitserklärung der Motion ist viel Zeit vergangen – obwohl damals der Stadtrat bereits selbst den Handlungsbedarf erkannte. Es wurde aber mit der nötigen Umsicht geplant. Der Testbetrieb im Kurzdorf verlief somit auch positiv und es wurden jetzt die Stellschrauben entsprechend gestellt mit den Ausweitungen in andere Quartiere, die ebenfalls betroffen sind. Pendelnde, die ihre Fahrzeuge bislang irgendwo in den Quartieren abgestellt hatten, haben hoffentlich jetzt alle eingesehen, dass sie ihren Anteil an der Benutzung der öffentlichen Flächen bezahlen müssen. Wir hoffen mit den gemachten Anpassungen, dass Besuchende und Anwohnende auch in den vorübergehenden «Ausweichquartieren» nun wieder einen Platz finden.

Und endlich, endlich, wurde anfangs Sommer die Bewirtschaftung für die restlichen grossen Parkplätze angeordnet. Auch hier wurde aber entsprechend dann mit der nötigen Umsicht gehandelt und Nachbarsflächen mit angeschaut. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat die Situation weiter im Auge behält und wenn nötig auch hier weitere Anpassungen vornimmt.

Somit zum Ausblick. Was noch fehlt, ist das Quartier um das Spital. Meiner Meinung nach ist das Problem mit Tagesparkierenden in den letzten Jahren besser geworden. Was ich aber vielfach sehe, sind Besuchende, die im Quartier einen Parkplatz suchen. Diese werden von den geplanten Massnahmen nicht betroffen sein und weiterhin Suchverkehr im Quartier verursachen. Und blicken wir vielleicht noch etwas weiter nach vorn. Der Stadtrat hat ja jetzt einen grossen Schritt im Parkierungskonzept erledigt und somit wieder etwas Zeit für neue Projekte. Ziele sollten hier unserer Meinung nach sein, Mobilitätsmanagemente auch von anderen grossen Playern einzufordern oder ihnen zumindest Unterstützung in dem Bereich zu bieten. Weiter sind die Bemühungen, die Parkplätze in den Untergrund – oder zumindest ebenerdig in Gebäuden unterzubringen, voranzutreiben. Und zwar sollen diese möglichst gut überlegt platziert werden. Wie zum Beispiel der Badiparkplatz in einen allfälligen Neubau der Badi integriert werden kann und somit auf der Seite Talackerstrasse freie Fläche entstehen würde. Oder der Mätteliparkplatz muss ja nicht zwingend unter das bestehende Mätteli, sondern könnte auch in den Berg im Bereich Grabenstrasse getrieben werden. Somit wäre die Vorstadt an ein Parkhaus angebunden und der Weg zum Bahnhof auch nicht weiter. Und wenn dann das Regierungsviertel vergrössert wird, könnte auch dort wieder eine interessante Beteiligung entstehen – diesmal wäre aber darauf zu achten, dass die Benutzung etwas flexibler möglich ist. Umsichtige Planung ist also weiterhin notwendig, und wir gehen davon aus, dass dies auch der Fall sein wird.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Wir bedanken uns beim Stadtrat für den Bericht und die Botschaft. Das vorliegende Geschäft freut uns in zweierlei Hinsicht.

1. Wir begrüßen das überlegte und umsichtige Vorgehen des Stadtrats. Ausgehend von eigenen Überlegungen und der Motion von Philipp Geuggis hat der Stadtrat erfolgreich einen Versuchsbetrieb im Kurzdorf durchgeführt und darauf aufbauend ein weitreichendes Konzept entwickelt. Einmal mehr lässt sich zwar sagen, gut Ding will Weile haben. Aber zumindest spricht das Ergebnis für sich.
2. Inhaltlich stehen wir hinter den Vorschlägen des Parkraumkonzepts. Eine Bewirtschaftung der Parkflächen ist im Hinblick auf die zahlreichen und unbestrittenen externen Kosten des Autoverkehrs (Lärm, Luftbelastung, Gefahrenpotenzial, Unfälle und im heutigen Zusammenhang besonders relevant: Beanspruchung des öffentlichen Raums) überfällig. Das vorgeschlagene Vorgehen ist pragmatisch und liberal. Das ist grundsätzlich richtig. Aus unserer Sicht sind künftig aber auch weitere Schritte möglich und nötig, ohne das die Freiheit der Verkehrsteilnehmer nicht ungebührlich eingeschränkt würde. Dies im Zusammenhang mit dem Votum der Fraktion CVP/EVP.
3. Die vorgeschlagenen Massnahmen werden zusätzliche Mittel in die Spezialfinanzierung Parkierung spülen. Gemäss Art. 16 des "Reglements über Fahrzeug-Abstellplätze und Einstellräume auf privatem Grund und Entrichtung von Ersatzabgaben" dienen "Die Mittel der Spezialfinanzierung Parkierung [...] der Errichtung, dem Betrieb und Unterhalt öffentlicher Parkierungsanlagen, der Beteiligung an gemischtwirtschaftlichen Gemeinschaftsanlagen sowie der Verwirklichung flankierender Massnahmen."

Der Topf der Spezialfinanzierung, das wissen wir alle, ist jetzt schon zu voll. Es macht keinen Sinn, diese Mittel allein für zusätzliche Parkplätze zu nutzen. Sinnvoller scheint eine Verwendung im Sinn der im Reglement erwähnten "flankierenden Massnahmen", was unseres Wissens bislang nicht gemacht wurde. Falls wir mit dieser Vermutung falsch liegen, bitten wir um eine entsprechende Belehrung. Allenfalls ist auch eine Anpassung des Zweckartikels im Hinblick auf weitere Zwecke zu prüfen. Wir laden den Stadtrat und auch Sie, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte dazu ein, sich ergänzend zum vorliegenden Konzept möglichst bald mit diesen Fragen zu befassen.

Gemeinderat Romeo Küng SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Die Fraktion von SVP und EDU hat zum eingangs erwähnten Bericht folgende Anmerkungen:

Es wäre wünschenswert gewesen, ein einheitliches und für das ganze Stadtgebiet gültiges Parkplatzkonzept auszuarbeiten bzw. umzusetzen. Leider wurde diese Chance verpasst und es werden wohl bald weitere Anpassungen nötig sein. Das Langdorf wurde zum Beispiel in keiner Art und Weise in dieses Parkplatzkonzept miteinbezogen, obwohl auch dort der Schutz der Wohnquartiere vor Fremdparkierern anzustreben ist, denn eine Verlagerung dorthin findet bereits jetzt statt.

Weiter fehlt in unserer Stadt ein Parkplatzleitsystem oder mindestens eine minimale Parkplatzsignalisation, um den Suchverkehr zu minimieren und dies vor allem in der Innenstadt. Mit einem solchen Instrument könnten unter anderem die Tagesparkierer auf die Parkplätze Mätteli und/oder Festhütte geleitet werden.

Wir sind auch der Ansicht, dass die Parkgebühren in Zentrumsnähe nicht erhöht werden dürfen. Die Gewerbetreibenden würden dies wohl sehr schätzen. Wichtig ist uns zuletzt aber auch, dass den Verantwortlichen bewusst ist, dass die Stadt Frauenfeld mit ihrer ländlichen Anbindung

nebst dem öffentlichen und Langsamverkehr auch dem motorisierten Individualverkehr Beachtung schenken muss.

Die Fraktion SVP/EDU nimmt den Bericht zur Kenntnis und hofft, dass unsere Anregungen bei der Umsetzung in Betracht gezogen werden.

Stadtrat Urs Müller (CH): Ich kann es kurz machen. Ich danke für Ihre Voten. Es ist nur eine Kenntnisnahme. Der Stadtrat ist der Meinung, eine gute und pragmatische Lösung gefunden zu haben, wobei das Parkierungsreglement nicht angepasst werden musste.

Zu Gemeinderat Küng: Das Konzept ist grundsätzlich über die ganze Stadt ausdehnbar, so ist es auch vorgesehen. Pascal Frey hat das Spital erwähnt, das haben wir ja bereits in Aussicht gestellt, das ist eigentlich die nächste Etappe, die folgen sollte. Zum Langdorf: Wir sind jetzt dort dran, wo wirklich Probleme bestehen und das ist natürlich im Kurzdorf die Bahnhofsnähe, das war ein zentrales Problem als Auslöser und nicht entfernte Parkplätze im Langdorf. Selbstverständlich werden wir die ganze Situation nach wie vor im Auge behalten.

Gebührenhöhe: Gemeinderat Hodel hat den Artikel 5 des Parkierungsreglements zitiert. Dort steht auch noch ein weiterer Satz, nicht nur, der Stadtrat ist zuständig, sondern es steht auch die Gebührenhöhe mindestens 0.50 Franken und höchstens 2 Franken pro Stunde. Wir reden jetzt von 0.80 Franken pro Stunde, das ist mehr als dieses Minimum und dieses Reglement ist in Kraft seit 1. Oktober 1993, das heisst seit 24 Jahren, da spricht man von 0.50 Franken, wir sprechen jetzt von 0.80 Franken.

Nach meiner Auffassung hat die Stadt auch nicht die Aufgabe, Monats- oder Jahreskarten zur Verfügung zu stellen, sondern sie muss Parkplätze anbieten für jedermann, damit ein Umschlag möglich ist, damit Ziele angefahren werden können. Aber wenn jemand einen Parkplatz will, den er monatlich oder sogar ein ganzes Jahr mieten muss, dann sehe ich das nicht als Aufgabe der Stadt, sonst wird ja auch immer auf die Privatwirtschaft verwiesen.

Anpassungen: Wir haben im Moment nicht vorgesehen, weitere Anpassungen vorzunehmen, wir werden starten, wie es das Konzept vorsieht, wir werden vor allem sammeln. Es wurde gesagt, auch in der GPK und auch jetzt wieder, das Monitoring ist ja ganz genau dazu da, einerseits Verdrängungseffekte zu sehen oder auch ob es eintritt, dass der Marktplatz dann übermässig strapaziert werden würde.

Zu Gemeinderat Frey: Viele der Anregungen, die Sie uns mitgegeben haben, sind bereits vorgesehen, beispielsweise auch das Thema hinter dem Regierungsgebäude. Wenn dort dann tatsächlich gebaut wird und es zu einer Tiefgarage kommt, ist vorgesehen, dass wir uns dort auch einkaufen werden, wie mit dem Parkplatz Altstadt im Huber-Areal, das wird sicher wieder ein Thema hier im Gemeinderat.

Noch zur Zweckgebundenheit zu Gemeinderat Christ, das Thema flankierende Massnahmen: Da haben wir sicher eine Aufgabe, da müssen wir aber im Einzelnen entscheiden, was die Meinung war. Ich gehe davon aus, dass nicht alle dasselbe verstehen würden. Wir haben eine Zweckgebundenheit.

Damit kann ich schliessen und danke Ihnen für die Aufnahme des Berichts.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Die Diskussion ist erschöpft und wir stimmen über den Antrag auf Seite 6 der Botschaft ab, der wie folgt lautet: „Der erläuternde Bericht,, „Umsetzung Parkraumkonzept“ wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig genehmigt.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Die Botschaft „Tagesparkierer in den Quartieren“ wurde somit zur Kenntnis genommen und wir kommen zum Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Die nächste Gemeinderatssitzung mit der Fragestunde findet am Mittwoch, 20. September 2017 um 18 Uhr statt.

Mein Dank geht an Sie alle fürs Mitdiskutieren, an die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Blumenschmuck, an Suzanna Moser für die gute Vorbereitung und Beat Dürger für die Bestuhlung in diesem ehrwürdigen Ratssaal. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen eine gute Heimkehr.

- - -

Schluss der Sitzung: 19.25 Uhr

* * *